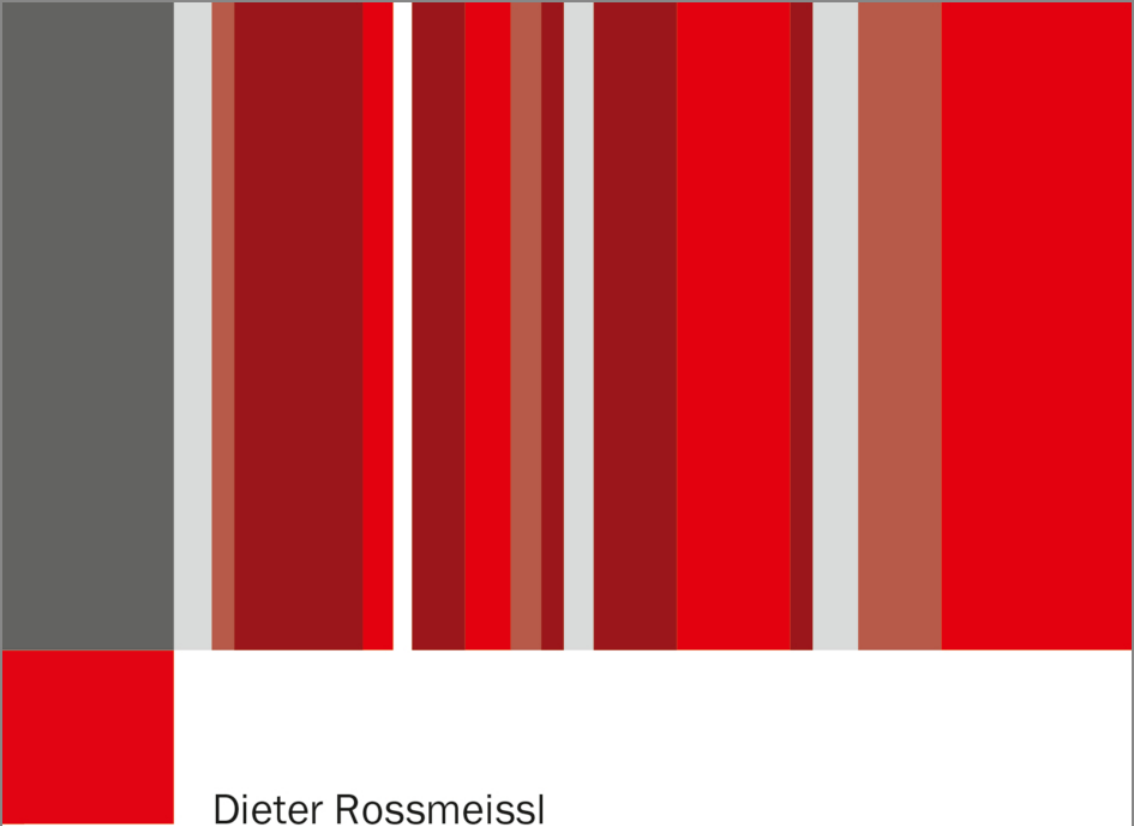




Dieter Rossmeissl

Der demokratische Wert der Bildung

Warum Demokratie Bildung braucht
und Bildung Demokratie

BELTZ JUVENTA

Der Autor

Dr. Dieter Rossmeissl, Studium Geschichte, Politik und Germanistik, 1982–2000 Mitglied des Nürnberger Stadtrats, 2000–2017 Dezernent für Bildung, Kultur und Jugend der Stadt Erlangen, Bildungs- und Kulturausschuss des Deutschen und des Bayerischen Städtetags, Kulturpolitische Gesellschaft, Lehrbeauftragter für Kultur- und Bildungspolitik an der Universität Erlangen.

Um der Vielfalt der Akteure und deren Geschlecht gerecht zu werden, ohne die Lesbarkeit des Textes einzuschränken, sowie entsprechend den Regeln des Rats für deutsche Rechtschreibung, wird in diesem Buch zwischen der weiblichen und der männlichen Form unsystematisch abgewechselt. Jede umfasst dabei grundsätzlich nicht nur männliche und weibliche Akteure, sondern alle LGBTQ+-Orientierungen mit gleicher Wertschätzung.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Die Beltz Verlagsgruppe behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Dieses Buch ist erhältlich als:

ISBN 978-3-7799-9295-0 Print

ISBN 978-3-7799-9296-7 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-7799-9297-4 E-Book (ePub)

1. Auflage 2026

© 2026 Beltz Juventa

Beltz Verlagsgruppe GmbH & Co. KG

Werderstraße 10, 69469 Weinheim

service@beltz.de

Alle Rechte vorbehalten

Satz: xerif, le-tex

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag

(ID 15985-2104-1001)

Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Alles ist ganz einfach. Oder doch nicht? (So eine Art Vorwort)	9
1. Ein gebildeter Wolf ist immer noch ein Wolf: Bildung allein macht keine Demokraten	15
Gebildete Menschen sind nicht zwingend menschlich	16
Bildung gibt es nicht als Zeugnis	17
Zur Bildung gehören Werte und Haltung	18
Bildung ist individuell und gesellschaftlich	21
Digitalisierung – eine neue Bildung?	22
Dimensionen von Bildung	23
Bildung ist politisch	25
2. Geschichte lehrt nichts. Dumm, wenn man daraus nichts lernt. Vom demokratischen Wert historischer Bildung	31
Rom: Die Rettung der Republik begründet die Monarchie	32
Frankreich: Die Revolution frisst ihre Kinder	34
Der „demokratische Weg“ zur Diktatur: Aufstieg der NSDAP	37
Vom Wert historischer Bildung	41
Die Verlockungen der Diktatur	42
Die Macht der Geschichte über die Köpfe	43
Die Demokratie stirbt zentimeterweise	45
3. „Ihr seid mehr; wir sind viele.“ Demokratie ist nicht die Herrschaft der Mehrheit, sondern der Schutz der Minderheit	48
Demokratie braucht Öffentlichkeit	48
Demokratie bildet sich immer wieder neu	49
Grundwerte prägen Demokratie, nicht nur Mehrheiten	51
Die Bowl der Demokratie	52
Auch Haltungen sind vielfältig	53
Individuum und Gesellschaft	54
Bildung geht nur mit Kultur	56
Neugier	56
Soziale Kompetenzen	57
Kreativität	59
Der Möglichkeitssinn und die Kraft der Unsicherheit	59
Kunst ist nie eindeutig	62

4. Wer sagt mir, was ich darf? Demokratie beginnt mit Partizipation	64
Partizipation ist keine Frage des Alters	65
Demokratie spielend lernen	66
Partizipation ist der Kernbegriff politischer Bildung	68
Demokratiebildung verlangt, Position zu beziehen	70
Die Wirksamkeit von Partizipation wird lokal erfahren	71
„Die Kuh gibt keine Milch“	74
„Wir“ gibt es nur mit „Ihr“: Zusammenhalt und Abgrenzung	75
5. Man denkt nur mit dem Herzen gut. Demokratie braucht emotionale Bildung	78
Emotionen beeinflussen das Denken	78
„Das Herz hat seine Gründe, welche die Vernunft nicht kennt“ (Blaise Pascal)	80
Feindbilder und Resilienz	81
Wer braucht Ideen, wenn er Köpfe hat?	84
Demagogie, die Schwester der Emotionen	85
6. Demokratiefähig ist nur, wer auch konfliktfähig ist	89
„Das tut man nicht!“ Zwischen Text und Kontext	89
Streit um die Deutungshoheit	94
Demokratie braucht Konflikte	95
Konflikte und die Freiheit der Kunst	96
Resilienz als Produkt demokratischer Konfliktkultur	101
Die Bowl der Diversitäten	103
7. Wer den Kompass benutzen will, muss ihn lesen können. Was Demokratie-Bildung noch braucht	106
Der Kompass der Menschenrechte	106
Demokratie in der frühkindlichen Bildung	108
Demokratiebildung in der Schule	110
Demokratiebildung in der Lebenswelt	115
Kommunale Bildungslandschaften	118
Kompetenzerwerb in Bildungslandschaften	120
Demokratie bildet Demokraten	122
Der demokratische Wert Kultureller Bildung	123
Die drei Kinder der Pädagogik	124

8. Demokratie braucht Bildung – Bildung braucht Demokratie	127
Defizite der Demokratiebildung	127
Demokratiebildung fördern und verteidigen	130
Bildung ist Teil von Demokratie	132
Was folgt daraus für die Zukunft?	133
Fazit	136
Literatur (in Auswahl)	138

Alles ist ganz einfach. Oder doch nicht? (So eine Art Vorwort)

Eigentlich ist das mit der Demokratie ganz einfach: Jeder (erwachsene) Staatsbürger hat eine Stimme. Alle Stimmen zählen gleich. Und die Mehrheit entscheidet.

Eine Stimme haben bedeutet allerdings mehr als Wahlrecht. Eine Stimme haben nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche, und diese haben das Recht, gehört zu werden. Eine Stimme haben auch Menschen, die dauerhaft bei uns leben, ohne Staatsbürger zu sein. Eine Stimme haben auch die, die leise sind und deshalb leicht überhört werden. Eine Stimme behalten auch die, die nicht zur Mehrheit gehören.

Auch in der institutionellen Politik sind die Verhältnisse komplexer. Von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wird in Deutschland weder die Regierung noch deren „Chef“, sondern „nur“ die Abgeordneten. Diese aber sind bei ihren Abstimmungen nicht an Aufträge und Weisungen ihrer Wähler gebunden, sondern sind „Vertreter des ganzen Volkes“ (Art. 38 GG). An die Stelle des Wählerauftrags tritt das Gewissen des einzelnen Abgeordneten, das freilich immer behauptet und nie überprüft werden kann. Persönliche Abhängigkeiten können dieses Gewissen verzerren, sodass die Grenze zwischen Information, Lobbyismus und Korruption leicht ins Fließen gerät. Der Abgeordnete ist in der Regel zugleich Mitglied einer Partei und einer Fraktion. Mit deren Wahlprogramm tritt er an, deren Ziele macht er sich öffentlichkeitswirksam mit seiner Kandidatur für eine Partei zu eigen. Hält er sich nicht an deren Vorgaben, riskiert er, beim nächsten Mal nicht wieder als Kandidat aufgestellt zu werden. Zudem wäre es ziemlich illusorisch zu glauben, alle Wähler einer Partei wären in allen Fragen der gleichen Meinung. Der „Wählerauftrag“ ist also immer ein vielschichtiges Konstrukt, in dem Grundüberzeugungen oder die Gewichtung einzelner Ziele als Entscheidungsmaßstab fungieren.

Dennoch scheint das Modell relativ einfach zu sein und hat in der Geschichte der Bundesrepublik zu einer recht stabilen Mitte um CDU/CSU, SPD und FDP geführt, die sich in den Anfangsjahren der Republik in Koalitionen untereinander abwechselten. Erweitert wurde das Parteienspektrum später um die Grünen und im Zuge der Angliederung der früheren DDR an die Bundesrepublik um eine Linkspartei, deren Tradition von SED-Resten mit der westlichen SPD-Abspaltung WSAG über PDS bis zur „Linken“ reichte. Rechts von der Union, so die Überzeugung des früheren CSU-Vorsitzenden Strauß, sollte es keine Partei geben.

Mit den Wahlerfolgen der AfD kam die Frage auf, wer denn die Wähler dieser neuen und zunehmend rechtsextremen Partei seien. Bald zeigte sich, dass weder die These, das seien alles Protestwähler, als Erklärung ausreichte noch die

Frage nach politischen Überzeugungen. Sozial-strukturelle und auch Bildungsunterschiede kamen als wesentliche Erklärungsansätze hinzu. Es zeigte sich nämlich, dass die AfD im Westen vor allen dort punkten konnte, wo die Wähler ein unterdurchschnittliches Haushaltseinkommen aufweisen. Im Osten ist sie in ländlichen Regionen stark, die unter Abwanderung leiden und ökonomisch abgehängt zu werden drohen. Während der Stimmenanstieg von den Bundestagswahlen 2021 zu 2025 durchschnittlich bei 11% lag, war er bei Arbeitern, der lange traditionellen Klientel der SPD, und bei Arbeitslosen mit je 17% auffallend hoch.¹

Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes und damit der Lebensplanung ist erheblich durch ein niedriges Bildungsniveau beeinflusst. Eine Untersuchung zu den Sektoren von Niedriglohn und unqualifizierter Arbeit („Basisarbeit“) kommt zu dem Ergebnis: „Je selbst bestimmter und sicherer sich Beschäftigte an ihrem Arbeitsplatz und in ihrer Arbeit fühlen, desto ... stärker ist ihr Vertrauen in die Demokratie.“² Die demokratiepolitisch relevante Trennlinie verläuft zwischen unsicherer und gesichert-selbstbestimmter Arbeit und damit wesentlich zwischen besser und geringer qualifizierten Menschen. Mit dem Gefälle bei der beruflichen Qualifikation geht ein Gefälle der schulisch vermittelten Allgemeinbildung und damit auch der politischen Bildung einher. 2021 verließen rund 47.500 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen ohne Ersten Schulabschluss (Hauptschulabschluss). Das entsprach einem Anteil von 6,2%. Auf der anderen Seite schloss mehr als ein Drittel (34,3%) mit dem Abitur, ab. 20 Jahre zuvor hatte der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten noch bei 23,1% gelegen. Der größte Anteil der Schülerinnen und Schüler (43,5%) verließ die Schule 2021 mit Mittlerem Schulabschluss.³ Diese Unterschiede im (formalen) Bildungsniveau spielen jedoch in der „Qualifikation“ zum Wählen keine Rolle. Hier zählen alle Stimmen gleich, egal auf welcher Informations- oder gar Reflexionsbasis sie beruhen. Ist es angesichts solcher Bildungsdifferenzen sinnvoll, alle Stimmen gleich zu gewichten, unabhängig davon, auf welcher Ebene politischer Kompetenz und Einsicht sie fußen?

Diese Frage rüttelt am Grundverständnis von Demokratie, wonach Wahlen nicht nur frei und geheim, sondern auch allgemein und gleich abzuhalten sind. Sie greift zudem auch beim Blick auf Ursache und Wirkung deutlich zu kurz. Das zeigt sich schon darin, dass das deutsche Schulsystem zwar einerseits von einem Prinzip weitgehender Differenzierung ausgeht, Bildungswege also früh auseinanderführt, sich andererseits aber durch ein hoch flexibles System möglicher

1 <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/umfrage-afd.shtml>
(Abruf 22.10.2025)

2 Siebert/Buchstab (2025), S. 46

3 Angaben nach www.destatis.de Statistischer Bericht Allgemeinbildende Schulen (Abruf 23.10.2025)

Übergänge und Anschlüsse auszeichnet, sodass der zunächst erreichte Schulabschluss wenig über den künftigen Bildungsweg und schon gar nichts über eine denkbare Qualifikation als politischer Bürger aussagt. Die Auseinandersetzung mit den Gelingens-Bedingungen von Demokratie lenkt den Blick weg von der bloßen Zahlenarithmetik der Schulabschlüsse und Wählerpotenziale auf die Wirksamkeit politischer und kultureller Bildung. Dabei sind Informationen über Institutionen, Prozesse und Wirkungszusammenhänge wichtig, bleiben allein für sich aber für das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger relativ wirkungslos. Demokratie erfordert autonome Entscheidungen auf allen Ebenen. Diese sollten zwar, so das Ideal, an die Fähigkeit zu kritischem Denken, an Reflexionsfähigkeit und Konfliktkompetenz geknüpft sein, haben diese aber nicht zur Bedingung. Die Grundregel, dass jeder Staatsbürger eine Stimme hat, die allen anderen Stimmen gleich ist, lässt keine Differenzierung zu.

Die Suche nach der Motivation für ein bestimmtes Wahlverhalten ist ein immer wieder neu beackertes Feld von Politologen und Demografen. Parteiprogramme, welche die Ziele beschreiben, Unterschiede zwischen Parteien verdeutlichen und Identifikation wie Ablehnung ermöglichen, spielen bei der Wahlentscheidung der meisten Menschen nur eine geringe Rolle, da sie nur von einer Minderheit überhaupt gelesen werden. Selektive Wahrnehmung politischer Aussagen und Sympathiewerte der Kandidaten scheinen ein weit größeres Gewicht zu haben. Dennoch braucht Demokratie Bildung, die zu bewertender Entscheidung befähigt, um nicht in gefühlsabhängigen Populismus abzugleiten. Demokratiebildung kann sich nicht in Wissen erschöpfen und hinter formalen Abschlüssen verstecken, sondern erfordert die Befähigung, sich zu organisieren, kontrovers zu diskutieren und Strategien für Lösungen zu entwickeln und die Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen.

Mit der Aufklärung, die im 18. Jahrhundert die Bildungsgeschichte Europas und Nordamerikas geprägt hat, entstand die Forderung, zunächst das Bürgertum und später die gesamte Gesellschaft zu bilden und ihre politische Teilhabe zu fördern. Was ein „gebildeter Mensch“ war, ließ sich damals noch recht einfach beschreiben: Er hatte das Humanistische Gymnasium besucht, kannte die lateinische und ein bisschen auch die griechische Grammatik, hatte neben Caesars *Commentarii de bello Gallico* auch Cicero gelesen, die Metamorphosen Ovids und natürlich etliches von Goethe, Schiller, Herder und Klopstock. Biologie, Physik und Chemie waren damals noch nicht dabei. Heute bringen deutsche Buchverlage jährlich über 70.000 neue Titel heraus und Google durchsucht das Internet nach über 30 Milliarden Webseiten, um Wissen anzubieten. Der (humanistisch) gebildete Mensch folgt angesichts solcher Informationsflut dem früheren „Universalgelehrten“ in den Orkus des Nichtseins. Aber ist diese Wissensgesellschaft auch eine Bildungsgesellschaft – und ist diese eine Basis für Demokratie?

Die Lösung von den humanistischen Bildungsvorstellungen legt die Frage nach dem heutigen Sinn von Bildung nahe. Hans-Dieter Klös vom Institut der

Deutschen Wirtschaft erklärte 2006: „Bildung soll die Produktivität der Arbeitskraft erhöhen und zum Erwerb von Qualifikationen führen, die am Arbeitsmarkt durch Einkommen entgolten werden.“ Knapper noch formulierte es im selben Jahr der sächsische Kultusminister Steffen Flath: „Gute Bildungspolitik muss vorsorgende Wirtschaftspolitik sein.“⁴ Ein Zusammenhang von Bildung mit der Gestaltung von Staat und Gesellschaft hat in einer so auf ökonomische Belange reduzierten Begrifflichkeit keinen Platz. Man muss nicht auf die idealistische Pädagogik-Tradition zurückgreifen, um den Kontrapunkt zumindest als Ziel zu formulieren, der ein Bildungsverständnis einfordert, „das Bildung von einer engen Ver zweckung befreit und als einen prinzipiell unabschließbaren Prozess begreift“.⁵

Das war auch im 20. Jahrhundert nicht immer so. Sollte politische Bildung in der Weimarer Republik zur Stärkung der jungen Demokratie beitragen, so reagierte die Schulpolitik nach dem Missbrauch politischer Indoktrination in der Nazi-Zeit äußerst zurückhaltend. Selbst die US-amerikanische Besatzungspolitik ruderte nach einem Versuch zur „re-education“ der Deutschen auf eine vorsichtiger „re-orientation“ zurück. Diese hatte zwar nicht nur Bildungseinrichtungen zum Ziel, sondern die gesamte Gesellschaft, beschränkte sich aber auf eine „indirect rule“, die auf konkrete Erfolgskontrollen des Demokratisierungsprozesses verzichtete.⁶ Erst in der Folge der 1968er-Jahre wurde die Überzeugung virulent, man könne mit Bildung die Welt verändern und Demokratie lebendig machen. Skepsis, ob Bildung tatsächlich ein Schlüssel zur Gestaltung von Demokratie sein könnte, blieben seither ebenso erhalten wie die Überzeugung, dass es einen anderen Weg zu Sicherung und Funktionserhalt von Demokratie gar nicht gebe. John Irving lässt in einem seiner Romane eine Schriftstellerin nachdenklich rasonieren: „Zwar hätte sie sich mehr Bildung für einen größeren Teil der Bevölkerung gewünscht, aber zugleich war sie davon überzeugt, dass Bildung etwas war, womit die wenigsten Menschen, die ihr begegneten, etwas anfangen konnten.“⁷ Es steht zu befürchten, dass diese Skepsis für Demokratie gleichermaßen gilt.

Je nach Strenge der Maßstäbe leben derzeit rund 40 % der Weltbevölkerung in einer Demokratie, in einer „vollständigen Demokratie“ nur 15 % – mit sinkender Tendenz. Dagegen leben knapp 36 % in einem autoritären Regime – mit leicht steigender Entwicklung. Maßstab für diese Zuordnung sind Pluralismus und Wahlprozesse, Funktionsweise der Regierung, Partizipationsmöglichkeiten, politische Kultur und Bürgerrechte. Demokratie war einmal angetreten, das allein zukunftsfähige Erfolgsmodell politischer Gestaltung zu werden. Spätestens seit den 20er-Jahren ist sie in der Krise angekommen. Die Hoffnung, dieser Krise

4 Paulsen (2006), S. 132 f

5 Schröer (2009), S. 66

6 Vgl. Rossmeißl (1988), S. 183

7 Irving (2000), S. 319

könne Einhaltung geboten werden, beruht auf dem Glauben an ein Streben der Menschen nach Mündigkeit. Bildung ist dafür die notwendige Voraussetzung.

Tatsächlich ist das Verhältnis von Bildung und Demokratie wesentlich komplexer als die quantitativ begründete Forderung von rechts, man könne 20 % der Wähler doch nicht ignorieren, oder der Vorwurf, wer populistischen Parteien auf den Leim geht, sei einfach zu dumm, um demokratiefähig zu sein. Zudem wird die Interdependenz beider Bereiche selbst für die kommunale Ebene, wo sie in Lebenssituation, Betroffenheit und Verhalten der Menschen am deutlichsten spürbar ist, kaum gesehen. Ein 1998 von der Bundeszentrale für Politische Bildung herausgegebenes Buch über Kommunalpolitik stellt auf 850 Seiten die unterschiedlichsten Facetten der lokalen Demokratie dar, übersieht die Rolle von Bildung und ihren Institutionen für diese Demokratie aber völlig. Lediglich Überlegungen zur Rolle der Medien in der öffentlichen Kommunikation und zur kommunalen Kulturpolitik berühren das Bildungsthema am Rande.⁸

Dennoch sind Bildung und Demokratie untrennbar miteinander verbunden. Eine funktionierende Demokratie baut auf mündige Bürgerinnen und Bürger, die ihre Rechte und ebenso ihre Pflichten kennen, Selbstwirksamkeit in ihrem Umfeld erfahren haben, kritisch denken und sich aktiv in Gesellschaft wie Politik einbringen. Dazu gehören Fähigkeit und Bereitschaft zu einem Dreischritt im demokratischen Prozess:

- der öffentlichen Debatte, in der relevante Themen, unstrittige Fakten sowie unterschiedliche Positionen dazu identifiziert werden
- der Auseinandersetzung über unterschiedliche Bewertungen der Fakten und Interessen in einem Diskurs, in dem Konfliktkompetenz es ermöglicht, nach möglichen Schnittmengen und Gemeinsamkeiten zu suchen und so durch ein gelingendes Konfliktmanagement den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern
- dem Aushandeln von Lösungsoptionen, die Kompromisse zwischen Positionen, Gruppen und Interessen möglich machen. Eine Mehrheitsentscheidung sichert diesen Kompromiss dann ab, ersetzt ihn aber nicht.

Wegen dieses Zusammenhangs ergibt es Sinn, neben der Allgemeinbildung gezielt auf politische Bildung und deren demokratierelevante Wirkung zu blicken. Politische Bildung meint dabei alle organisierten, zielgerichteten und zumindest über einen gewissen Zeitraum kontinuierlichen Maßnahmen von Bildungsträgern, um die Fähigkeiten zu vermitteln, die zur aktiven Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben erforderlich sind. In den Lebenskontext von Familie, Kindertageseinrichtung und Schule eingebracht ist politische Bildung nicht nur die Basis für verantwortungsvolles Handeln, sondern stärkt auch die Fähigkeit,

8 Roth (Hrsg.) mit Beiträgen von Otfried Jarren zu lokalen Medien (S. 274, 289) und Hermann Glaser zur kommunalen Kulturpolitik (S. 676–687)

sich zu organisieren, zu diskutieren und so an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Die Erfahrung, dass diese Teilnahme Wirkung zeigt, stärkt die Bereitschaft, für den Erhalt von Strukturen einzutreten, die diese Teilnahme ermöglichen. Politische Bildung hat damit zumindest das Potenzial, Demokratie zu sichern und zu stabilisieren.

Mit der Frage nach dem Verhältnis von Bildung und Demokratie wollen wir uns in diesem Buch befassen. Dabei geht es weniger um abstrakte demokratie- und bildungstheoretische Überlegungen, sondern um die Frage, warum Bildung und Demokratie einander brauchen und was das mit uns Bürgerinnen und Bürgern zu tun hat. Demokratie und Bildung gehören zunächst unterschiedlichen Bezugsebenen an, sind aber aufeinander angewiesen. Die Freiheit, die Demokratie gewährleistet, ist die Basis der Wissenschaftsfreiheit und damit der Entwicklung von Bildung. Diese wiederum schafft die mentalen und emotionalen Bedingungen, die Demokratie zu ihrer Existenz und Funktionsfähigkeit und damit zu ihrer Akzeptanz in der Gesellschaft braucht. Die Frage nach dem Verhältnis beider zueinander ist damit eine Kernfrage für die Entwicklung beider.

1. Ein gebildeter Wolf ist immer noch ein Wolf: Bildung allein macht keine Demokraten

Der Glaube, Bildung sei eine förderliche Basis für Demokratie, ist in gebildeten Kreisen weit verbreitet. So hat Bayern angesichts der Defiziterfahrungen, die man mit dem demokratischen Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler gemacht hat, eine „Verfassungs-Viertelstunde“ pro Woche verpflichtend eingeführt in der Hoffnung, damit Kenntnisse über den Sinn von Demokratie zu stärken und besser im Bewusstsein zu verankern. Evaluationen über den Erfolg dieser Maßnahme liegen nicht vor; Zweifel an ihrem Nutzen sind angebracht. Andererseits meinte der frühere Bundesinnenminister und später Verteidigungsminister Thomas de Maizière am 3. Mai 2025 auf einem Podium beim Evangelischen Kirchentag in Hannover: „Bildung – das hat nun mit Demokratie weniger zu tun.“⁹

Welche Bedeutung Bildung für das demokratische Bewusstsein hat, hängt davon ab, was man unter beiden Begriffen versteht. Gemeinsam ist beiden, dass sie keinen Zustand beschreiben, sondern einen Prozess. Als Zustand lässt sich Demokratie nur beschreiben, wenn man sie auf ein formales Regelwerk reduziert. Bildung kann nur dann statisch beschrieben werden, wenn sie allein an das Erreichen formaler Abschlüsse gebunden wird. Beides ist unzureichend, ja sogar falsch. Demokratie muss aktiv entstehen, und zwar immer wieder von Neuem, unter immer veränderten und veränderbaren Bedingungen. Bildung ist ein lebenslanger Prozess, in dem das Erreichte immer wieder auf den Prüfstand der Veränderung gestellt werden muss. Mit dem Zusammenhang beider Prozesse wollen wir uns in diesem Buch befassen. Bildung ist ein seltener, vielleicht sogar eigenwilliger Begriff, den es nur im Deutschen gibt. Hier grenzt man ihn von der „bloßen“ Erziehung (education) ab einerseits durch eine humanistische Aufladung mit Verweis auf Humboldt, andererseits aber und vor allem durch die Messbarkeit in formalen, schulischen Abschlüssen. Der skandalumwitterte bayerische Ministerpräsident, Altphilologe und Studienrat Franz Josef Strauß donnerte unbotmäßige Fragesteller gern an: „Haben Sie überhaupt Abitur?“¹⁰ In diesem Verständnis werden Bildungsabschlüsse zur Voraussetzung, als satisfaktionsfähiger Mensch akzeptiert zu werden. Andererseits zeigen aktuelle Unter-

9 In der Podiumsdiskussion „Stürmische Zeiten – Krisen als Motor unserer Demokratie“

10 Aus DER SPIEGEL 26/2002, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2002-26.html>, (23.06.2002, 13.00 Uhr)

suchungen, dass selbst für Ausbildungsverhältnisse die persönliche Eignung von Unternehmen mit über 80 % wichtiger geschätzt wird als die Schulnoten.¹¹

Gebildete Menschen sind nicht zwingend menschlich

Dabei gehen Bildungsabschlüsse und Humanität keineswegs Hand in Hand. Josef Goebbels, der Propaganda-Chef der Nazis, legte großen Wert darauf, mit seinem akademischen Grad als „Dr. Goebbels“ tituliert zu werden. Dr. Karl Brandt war nicht nur Hitlers Begleitarzt, sondern auch verantwortlich für die „T4-Aktion“, mit der „lebensunwertes Leben“ vernichtet werden sollte, indem man Kranke und Menschen mit Behinderungen einfach ermordete. Die Wannseekonferenz 1942, die mit Akribie den technischen Rahmen für die „Endlösung der Judenfrage“ festlegte, war eine Versammlung akademisch gebildeter Mörder. Robespierre, der als Exekutor der Terrorherrschaft in Frankreich 1794 hingerichtet wurde, war Jurist und Rechtsanwalt. Osama Bin Laden, der Unternehmersohn, Millionär und Symbolfigur des islamistischen Terrors, hat Betriebswirtschaft und Bauingenieurwesen studiert und möglicherweise sogar abgeschlossen. Trotz ihrer akademischen Abschlüsse entspricht keiner dieser Personen dem Typ eines „gebildeten Menschen“, wie wir ihn in humanistischer Tradition verstehen.

Die Liste ließe sich noch länger fortsetzen und zeigt, wie wenig formale Bildung eine ausreichende Basis ist für humane Werte. Studienabschlüsse sind oft nicht mehr als „des Kaisers neue Kleider“: Sie dokumentieren den Erwerb von Wissen und vielleicht sogar dazu gehörenden Kompetenzen, sie sollen und können aber auch einfach einen seriösen Anschein erwecken, wenn man an sie glaubt. Ein Beispiel dafür ist der früher populäre preußische Generalfeldmarschall August von Mackensen. Er wurde vom NS-Regime als Anhänger Hitlers für Propagandazwecke eingesetzt und erhielt in Anerkennung seiner Loyalität zu Hitler 1935 die preußische Domäne Brüssow im Kreis Prenzlau per Gesetz zusammen mit 350.000 RM als Dotation übereignet. Die Ermordung des Finanzministers Matthias Erzbergers 1921 fand er ganz in Ordnung („Den Schädling sind wir los.“), das Attentat auf Hitler 1944 hielt er dagegen für „fluchwürdig“. Sowohl die Universität in Danzig wie die in Halle bemühten sich, ihm zusätzlich einen Ehrendokortitel zu verleihen, den er auch gerne annahm. Der Anschein von Bildung verleiht Zierde.

Die Personen, die mit ihren akademischen Kleidern glänzen wollen, sind in Wahrheit jedoch häufig eher „nackt“, was ihre Gesinnung und ihre Werthaltungen betrifft. In den 1968er Jahren gab es für Professoren, die in ihrem Fach unbestrittene Experten waren, die gesellschaftliche Verantwortung, in die ihr Fachgebiet ein-

¹¹ Bertelsmann (2025), S. 47

gebettet war, jedoch ausblendeten, den Begriff des „Fachidioten“. Der Ausdruck war kritisch, ja pejorativ gemeint, traf das Problem jedoch im Kern: Das griechische Wort „idiotes“ bezeichnete in der Polis Personen, die sich auf ihre private Situation beschränkten, sich aus öffentlichen und politischen Angelegenheiten heraushielten und sich auch vor öffentlichen Ämtern drückten. Gegenüber den „Politai“, den nicht nur informierten, sondern auch politisch aktiven Bürgern, waren die „idiotes“ wenig geschätzt. Tatsächlich aber reicht das Problem viel weiter. Ging es damals um die Ignoranz Gebildeter gegenüber gesellschaftlichen Konsequenzen, um das Fehlen von sozialem Bewusstsein und politischer Verantwortung, so zeigen die Beispiele aus Geschichte und Gegenwart, dass Bildung nicht nur zum Rückzug von deren Rahmenbedingungen führen kann, sondern sogar zur Negation dessen, was sie selbst ausmacht. Bildung kann auch zu Diktatur und Inhumanität führen. Sie macht aus einem Wolf eben kein Lamm; auch ein gebildeter Wolf ist immer noch ein Wolf und ein Akademiker nicht zwingend ein Demokrat.

Bildung gibt es nicht als Zeugnis

Es ist also notwendig, den Bildungsbegriff von der Fixierung auf formale Abschlüsse und Zeugnisse zu lösen. Es gibt Menschen, die sich von Bildung als humane Haltung bewusst abkehren, sogar von der Bildung, die sie bereits bekommen haben. In einem Schreiben über Künstliche Intelligenz weist Papst Franziskus daraufhin, dass Bildung „niemals einfach ein Prozess der Vermittlung von Wissen und intellektuellen Fähigkeiten ist; vielmehr will sie zur ganzheitlichen Bildung der Person in ihren verschiedenen Dimensionen (intellektuell, kulturell, spirituell...) beitragen, einschließlich z. B. des Gemeinschaftslebens.“¹² Das von der Suche nach einem Ausgleich zwischen technischer und humaner Bildung motivierte Schreiben versucht, eine doppelte Brücke zu schlagen: von der intellektuellen Ebene hin zur kulturellen und weiter zur sozialen Einbindung.

Doch zeigen Untersuchungen auch, dass formale Bildung für die Entwicklung demokratischer Einstellungen nicht völlig bedeutungslos ist. „Bildung an sich hat demokratisierende Wirkung“, stellt die Politikwissenschaftlerin Sylvia Greifenhagen fest und ergänzt: „Je höher formal gebildet jemand ist ... desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass er demokratische Einstellungen erwirbt und als Erwachsener demokratische Verhaltensweisen an den Tag legt. ... Gruppen mit niedriger formaler Bildung blieben im Demokratisierungsprozess unserer Gesellschaft zurück und sind heute, empirisch belegbar, zum Teil durch erhebliche ‚Defizite an Demokratie‘ gekennzeichnet: Sie sind weniger tolerant und ambiguitätstolerant, sie sind anfälliger für Radikale, vor allem für rechtsradi-

12 Vatikan (2025), Ziff. 77

kale Parteien, sie engagieren sich und partizipieren weniger als Menschen mit höherer formaler Bildung.“¹³

Prägend für diesen Einfluss von formaler Bildung auf eine demokratische Haltung ist jedoch kaum die unterrichtliche Vermittlung kognitiver Inhalte, sondern die Erfahrung der Lebenswelt, in der diese Vermittlung stattfindet. Unterricht ist geeignet, ein gewisses Maß von Allgemeinbildung durch formale Abschlüsse zu sichern, doch weist schon ein Blick auf die Bedingungen des Lernens darauf hin, dass neben dem formalen Lernen, das testiert wird und auf Abschlüsse zielt, non-formales Lernen, wie es außerschulische Einrichtungen vermitteln, wesentlich zum Kompetenzerwerb beiträgt. Noch wirkungsvoller ist das informelle Lernen, weil es nicht auf bestimmte Lernsettings beschränkt ist, sondern aus dem Alltag heraus wirksam wird.

Diese Einsicht prägt auch die Vorstellung von Demokratie als einem Prinzip, das nicht nur für den liberalen und sozialen Staat, sondern auch für Bildung prägend ist. Sie setzt zwar Kenntnisse voraus, realisiert sich aber in „gelebter Alltagsdemokratie“. Diese „basiert auf einer Kultur der Begegnung, die demokratischen Grundsätzen folgt, und damit auf Partnerschaft und Kooperation.“¹⁴ Solche Begegnungen finden im Alltag statt, die Regeln für ihr Funktionieren zu vermitteln ist Aufgabe der Familie, der Kindertageseinrichtungen und der Schule gemeinsam.

Die Bindung des Bildungsbegriffs an die Tätigkeit bestimmter Institutionen greift allerdings zu kurz. Das familiäre Setting, Kitas, Freunde, Begegnungsorte (ob am Stammtisch oder im Stadtteilzentrum), sportliche Aktivitäten und Vereine, berufliche Kontakte, Medienkonsum und viele zufällige Begegnungen tragen weit mehr zur Bildung eines Menschen bei als die Anbieter formaler Inhalte. Selbst dort spielt das Erlernen von Methoden und Kompetenzen eine größere Rolle als der Erwerb von Wissen, das medial weit umfänglicher und aktueller und zeitlich wie örtlich verfügbarer ist, als dies eine Schule leisten kann. Zu Recht hat deshalb der Kompetenzbegriff auch dort den früher als Leistungsmaßstab gültigen „Lernstoff“ abgelöst.

Zur Bildung gehören Werte und Haltung

Bildung ist mehr als die Summe des Gelernten. Sie ist Ausdruck von Haltung, von der Fähigkeit, Zusammenhänge zu verstehen und deren Relevanz zu bewerten sowie sie mit dem eigenen Leben in Verbindung bringen zu können. Bildung in diesem Sinn ist deshalb untrennbar mit Werten und Haltungen verbunden. Auch hier ist, wie bei den formalen Abschlüssen, die Bedeutung von Werten nicht un-

13 Greiffenhagen (2003), S. 265

14 BEP (2021), S. 22

abhängig von deren Inhalten. Es genügt nicht, Bildung als Entwicklung irgendwelcher Haltungen zu beschreiben. Es kommt auf Art und Ziele dieser Haltungen an. Andernfalls würden wir bei einer Haltung landen, wie sie 1890 Kaiser Wilhelm II. vertreten hat, der am 4. Dezember auf einer Konferenz zur Gymnasial-Reform verkündete, das Hauptproblem sei, „daß seit dem Jahre 1870 die Philologen als beati possidentes im Gymnasium gesessen haben und hauptsächlich auf den Lernstoff, auf das Lernen und Wissen den Nachdruck gelegt haben, aber nicht auf die Bildung des Charakters“.¹⁵ Das klingt zunächst fortschrittlich. Die geforderte Charakterbildung aber definierte der Monarch durch die Forderung, die Schule müsse „das Gefecht gegen die Socialdemokratie übernehmen“ und „nationale junge Deutsche erziehen“.¹⁶ Eine klare Haltung als Bildungsziel wird da wohl gefordert, aber mit der Erwartung des kritischen Bewusstseins abgeneigten Monarchen, es könne „doch im Ernst niemand denken, daß die Lehren der Socialdemokratie in der Schule im einzelnen erörtert ... oder in freier Diskussion widerlegt werden sollen“.¹⁷ Selbst die Möglichkeit zur Widerlegung des bekämpften Standpunkts ging dem Kaiser zu weit; Werte wie Meinungsfreiheit oder freie Entfaltung der Persönlichkeit passen nicht in diese Gedankenwelt. Werte liegen auch diesen Vorstellungen zugrunde; in eine demokratische Weltvorstellung von heute passen sie nicht.

Bildung hat man nicht als Besitz; sie ist ein permanenter Prozess. Deshalb prägt sie zwar das Verhalten, ist aber kein tauglicher Maßstab, dieses mit dem Anspruch auf dauerhafte Geltung zu beurteilen. So erfordert die im demokratischen Spektrum populäre Forderung „Nie wieder!“, die sich grundsätzlich gegen neofaschistische Positionen und Aktivitäten richtet, Bildung, wenn sie mehr sein soll als eine bloße gut gemeinte, aber dennoch inhaltsleere Formel. „Nie wieder!“ braucht mehrere Bildungselemente:

- die historische Kenntnis, was nie wieder geschehen soll und wie es geschehen ist, um eine Wiederholung des Gleichen oder Ähnlichen vermeiden zu können
- die politische Kompetenz, Handlungen aus der Kenntnis ableiten und realisieren zu können
- eine Entscheidung, welche Konsequenzen aus der Kenntnis mit Hilfe der Kompetenz getroffen werden sollen auf der Basis einer (demokratischen) Wertebasis.

Wissen, Kompetenzen zu dessen Bewertung sowie die Fähigkeit und Bereitschaft zum eigenen Handeln ergänzen einander und formen so das, was Bildung ausmacht. Wenn sie das Verhalten prägen kann, muss sie auch eine faktische Basis haben, auf der Kompetenzen erworben werden können. Allerdings ist dieses Fak-

15 Wilhelm II., S. 33

16 Wilhelm II., S. 32 und 34

17 Wilhelm II., S. 43

ten-Wissen kein Wert an sich, sondern erhält erst durch die Werte, die mit Bildung vermittelt und realisiert werden, ihren Sinn.

Die Idee von Bildung ist eng mit der Geschichte der Menschheit verknüpft. Schon in der Antike wurde Bildung als zentraler Bestandteil des guten Lebens verstanden. Im antiken Griechenland bedeutete *paideía*, wovon sich der Begriff Pädagogik ableitet, die umfassende Erziehung des Menschen – intellektuell, moralisch und körperlich. Platon und Aristoteles sahen Bildung als Mittel zur Tugend und zur Teilhabe am Gemeinwesen.

Im deutschen Sprachraum prägten insbesondere Aufklärung und Idealismus den Bildungsbegriff. Immanuel Kant forderte in einem berühmten Aufsatz von 1784 den „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“. Diese Forderung mag auf den ersten Blick einfach und selbstverständlich klingen, setzt aber genau den Mut voraus, dessen Mangel Kant als Hindernis beklagt, sich seines Verstandes „ohne Leitung eines anderen zu bedienen“. Diese akzeptierte Fremd-Leitung ist es, die den Empfängern verbrecherischer Befehle bei ihrer Ausführung zu allen Zeiten als Ausrede für ihr Verhalten gedient hat.

Kant fordert Mündigkeit nicht mit einem heimlichen Rückzug ins Private, sondern als öffentliches Bekenntnis, als Freiheit, „von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen.“ Aufklärung ist für ihn das Gegenteil eines Outsourcings von Verantwortung, vielmehr die bewusste, selbstbewusste und öffentliche Übernahme von Verantwortung. Die Angst davor ist für ihn schlicht Bequemlichkeit: „Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt, usw., so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen.“ Das Scheitern ist dabei als notwendige Erfahrung involviert, auch – oder gerade weil – es „unbequem“ ist. Bildung erfordert Emanzipation. Es „ist also für jeden einzelnen Menschen schwer, sich aus der ihm beinahe zur Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten. Er hat sie sogar lieb gewonnen ...“

Diese Kritik passiver Bequemlichkeit trifft die heutige Situation im Verhalten vieler Menschen. „Die Politiker“ werden für zuständig erklärt, wenn es etwas zu bewegen oder zu ändern gilt. Wenn „die da droben“ dann nicht das machen, was ich will oder für richtig halte, dann kann ich eben auch nichts machen. Der Rückzug in pauschales Politik-Bashing und darüber hinaus in die Fänge populistischer Schuldzuweisungen an die „anderen“ sind eine sehr aktuelle Folge.

Wilhelm von Humboldt formulierte im 19. Jahrhundert ein ganzheitliches Konzept, das den Menschen zur „allseitigen Ausbildung seiner Kräfte“ befähigen sollte. Für Humboldt war Bildung kein bloßes Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck: die Entfaltung des Individuums im Spannungsfeld von Ich und Welt. Diese humanistische Tradition prägt bis heute das Verständnis von Bildung, wenn damit mehr als bloße Qualifikation gemeint ist. Bildung zielt auf